

SP Kanton Bern - Postfach 2947 - 3001 Bern

Sicherheitsdirektion des Kantons Bern  
Generalsekretariat  
Kramgasse 20  
3011 Bern



Bern, 23. Juni 2023

## VERNEHMLASSUNGSANTWORT

### Bevölkerungsschutzgesetz (KBSG) und Zivilschutzgesetz (KZSG)

Sehr geehrter Herr Regierungsrat  
Sehr geehrte Damen und Herrn

Wir danken Ihnen für die Einladung zum Vernehmlassungsverfahren zum Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz. Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung.

Wir begrüssen die vorliegende Gesetzesrevision, mit der die befristete dringliche Verordnung in ordentliches Recht überführt wird. Ebenfalls unterstützen wir den Verzicht auf ein separates Krisengesetz und die Aufteilung in zwei Gesetze, Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, die eine beständige gesetzliche Grundlage darstellen, auch in Krisenzeiten.

#### Bevölkerungsschutzgesetz

Neben den Anpassungen an das Bundesgesetz, dem erkannten Handlungsbedarf aus den gemachten Erfahrungen des bisherigen kantonalen Zivilschutzgesetzes (KZVG) und insbesondere jene in der Corona Pandemie, begrüssen wir es ausdrücklich, dass diese auch in die Gesetze einfließen.

Die Corona Pandemie hat auch zur Erkenntnis geführt, dass in Krisensituationen durchaus andere Partner:innen als die bekannten Partnerorganisationen, namentlich die Blaulichtorganisationen, für die Bewältigung von Bedeutung sein können. Entsprechend begrüssen wir die Anpassung im Gesetz.

Positiv hervorheben möchten wir Art. 40: Betreuung von schutzsuchenden Personen. Die Versorgung von vulnerablen Personen in Krisensituationen, ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus ist sehr wichtig, aber auch sehr anspruchsvoll. Dies muss in der Ausbildung entsprechend berücksichtigt werden.

Art. 54: Zuweisung Schutzraum ständige Wohnbevölkerung. Wir begrüßen eine zentrale, kantonale Datenbank über die Schutzräume. Die Menschen in den Rückkehrzentren sind bei der Zuweisungsplanung zu berücksichtigen. Auch sie halten sich im Kanton Bern auf und sind entsprechend in Notsituationen zu schützen. Auch die vielzähligen Tourist:innen, die den Kanton Bern bereisen, fehlen bei der Zuweisungsplanung.

Weiter unterstützen wir zwecks besserer Koordination eine Verschiebung der Schutzraumkontrolle von den Gemeinden zum Kanton. Ebenfalls unsere Zustimmung findet die einheitliche Ausbildung.

### **Zivilschutzgesetz**

Die SP kritisiert seit langem die Praxis, dass Zivilschutzbehörden die Erwerbersatzordnung (EO) – einer mittels Lohnabzügen finanzierten Sozialversicherung – für sachfremde Zwecke nutzt. Für die SP ist entscheidend, dass sich der Zivilschutz nicht EO-finanziert über seinen Kernauftrag hinaus in weitere Tätigkeitsfelder hinein ausdehnt. Die Praxis zeigt eine Tendenz, den Zivilschutz zu einem „dienstbaren Geist für alles“ umzuformen und dabei unter anderem auch das regionale und lokale Gewerbe konkurrenziert. Seine alleinige Aufgabe besteht aber darin, in einer ausserordentlichen Lage, d. h. wenn die normalen Instrumente nachgewiesenermassen überfordert sind, Not- und Katastrophenhilfe zu leisten. Etwas Anderes lässt sich nicht rechtfertigen.

Dieser Kritikpunkt muss im neu zu erstellenden, einheitlichen Leistungsprofil für den Zivilschutz im Kanton Bern berücksichtigt werden.

Art. 3, Abs. 2, Buchstabe b und c beziehen sich auf diese Einsätze. Laut Vortrag sollen Einsätze zugunsten der Gemeinschaft und Instandstellungsarbeiten nur geleistet werden, wenn sie einen direkten Ausbildungsnutzen haben. Aus unserer Sicht müssen diese Einsätze von der zuständigen Stelle in der SID entsprechend dieser Aussage, der oben genannten Kritik und im Kontext der zurückgehenden Bestände, sehr zielgerichtet und zurückhaltend bewilligt werden.

Wir danken Ihnen bestens für die Möglichkeit zur Stellungnahme und eine wohlwollende Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern  
Parti socialiste du canton de Berne



Ueli Egger  
Co-Präsident



Anna Tanner  
Co-Präsidentin



David Stampfli  
Geschäftsführender Parteisekretär